

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Tanja Windbüchler-Souschill,
Freundinnen und Freunde

betreffend Mare Nostrum II als europäische Seenotrettung

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (310 d.B.): Vertrag über die Vierte Änderung des Vertrags über die Gründung und den Betrieb des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) in Wien betreffend die Einführung eines internen Steuersystems (494 d.B.)

BEGRÜNDUNG

Das International Center for Migration Policy Development (ICMPD) hat gem. Art 2 des Vertrags über dessen Gründung und den Betrieb die Aufgabe, *„sowohl die aktuellen wie auch die potentiellen Migrationsströme in die europäischen Aufnahmeländer untersuchen, die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern der Migranten verfolgen und prüfen sowie Möglichkeiten zur besseren Erkennung und Kontrolle der Wanderungsbewegungen entwickeln.“*

In Art 1 dieses Staatsvertrages wird dazu weiter ausgeführt:

„Die vergangenen Jahre waren geprägt durch eine zunehmend asylorientierte Süd-Nord-Wanderung, die in letzter Zeit durch eine Ost-West-Wanderung verstärkt wurde. Obwohl absolut notwendig, genügen nationale Massnahmen zur Einwanderungskontrolle allein nicht, um Ausmass und Zusammensetzung der Einwanderungsströme auf einem den Wünschen der Parteien entsprechenden Niveau zu halten. Deshalb ist der Erarbeitung langfristiger Strategien, welche das Migrationsproblem bewältigen sollen, sowie ihrer Umsetzung Priorität einzuräumen. Die Langfriststrategien zielen auf die Früherkennung, die Ursachenbekämpfung, die Harmonisierung der Aufnahmepraxis und die Koordination zwischen Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingspolitik.“

Letztes Wochenende ertranken an die 900 Schutzsuchende im Mittelmeer. Männer, Frauen und Kinder befanden sich auf der Überfahrt von Libyen nach Italien, das Flüchtlingsboot kenterte. Hilfe von europäischer Seite kam zu spät, nur 28 Menschen wurden lebend geborgen. Das *"schlimmste Massensterben, das jemals im Mittelmeer gesehen wurde"* benannte es Carlotta Sami, Sprecherin der UNHCR Italien.

Dies ist das Ergebnis einer europäischen Asylpolitik, die noch letztes Jahr sehenden Auges das italienische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum auslaufen ließ. Man wollte die 9 Millionen Euro nicht aufbringen, obwohl Mare Nostrum bis dahin bereits an die 150.000 Menschenleben gerettet hatte. Anstelle dessen wurde das FRONTEX-Grenzschutzprogramm Triton eingesetzt. Die Suchreichweite wurde drastisch eingegrenzt, die Mittel auf ein Drittel gekürzt. Triton dient nicht mehr der

Rettung von Schutzsuchenden im Mittelmeer, sondern dem Grenzschutz. Trotz Warnungen der NGOs und der Grünen, dass dieser Schritt die Zahl der Toten im Mittelmeer in die Höhe treiben wird, beharrten die Regierungen der EU Mitgliedstaaten auf dieser Maßnahme.

Seit Beginn des Jahres sind mindestens 1500 Menschen bei den gefährlichen Überfahrten im Mittelmeer ertrunken. Wenn die EU nicht sofort handelt und Mare Nostrum als gemeinsames, europäisches Seenotrettungsprogramm wiederaufnimmt, ist sie am Tod von tausenden Menschen vor ihren Toren aktiv beteiligt. Als vermeintliche „Union der Menschenrechte“ ist eine EU, die Asylsuchende lieber sterben als einreisen lässt, in aller Welt unglaublich.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Inneres und der Bundeskanzler, werden aufgefordert, unverzüglich und mit aller Kraft in allen geeigneten EU-Gremien dafür einzutreten, dass ein europäisches Seenotrettungsprogramm (Mare Nostrum II) nach dem Vorbild des italienischen Mare Nostrum eingeführt und finanziell von allen EU-Mitgliedstaaten ausreichend unterstützt wird.“



The image shows four handwritten signatures in black ink. The signatures are written in a cursive style. The top signature is the largest and most prominent. Below it, there are three smaller signatures arranged horizontally. The signatures appear to be those of members of the National Council.